

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntag.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 21. Juli 1904.

№ 83.

„Viktoria“!

Es war unmittelbar nach der Mainzer Generalversammlung, als eines schönen Mittags den Schreiber dieser Zeilen „ein Herr und eine Dame“ zu sprechen wünschten. Schnell sprang ich vom Mittagsschlafchen auf, denn es konnte nur ein unverhoffter Besuch sein, der da „in die Suppe fiel“. Die Türe zum Allerheiligsten öffnet sich und in ihrem Rahmen stehen ein etwa fünfzigjähriger Herr und eine Dame von etwa zwanzig bis zweiundzwanzig Jahren, neugierig umringt von den sämtlichen Insassen meines Wigwams. „Habe ich die Ehre, Herrn . . .?“ „Sie wünschen?“ „Wir möchten uns die Frage gestatten, ob Sie schon bei einer Lebensversicherungsgesellschaft versichert sind, dieses Fräulein nämlich vermittelt solche Versicherungen.“ Kurze Pause. „Hm, ja, eigentlich nein; ich habe aber keine Lust, die hohen Ausgaben und dann — —“ „Aber, mein Herr“, flötete jetzt die Schöne, „Sie haben eine zahlreiche Familie (zustimmendes Verhalten der Eingeborenen), wollen Sie für deren Zukunft gar nichts tun (auffordernde Blicke der Hausmutter), wie leicht kann einem was passieren und Sie in Ihrer Stellung (deren soziale Bedeutung mir bis jetzt dunkel geblieben ist) müßten doch auf die Zukunft Ihrer Frau und Kinder bedacht sein“ (leuchtender Blick der Gattin, als wolle sie sagen: nun, du Rabenvater, los!). „Ich mache Sie noch darauf aufmerksam — fiel jetzt der Herr ein — „daß die Prämienbezahlung sehr mäßig ist und Sie sich in jeder Höhe versichern können.“ Immer noch schwankte ich, denn ich hatte so ein geheimes Mißtrauen, dem ich aber nicht Ausdruck geben konnte. Schließlich gab der Trumpf der weisen Eva den Ausschlag: „Wenn Du auf der Generalversammlung nicht die 300 Mk. Zulage erhalten hättest, könnten wir es allerdings nicht machen“. Also, her mit den 300 Mk., werfen wir sie der Gesellschaft — — „Apropos, welche Gesellschaft vertreten Sie?“ „Die Viktoria in Berlin!“ „So! Und was empfehlen Sie mir da, wie ich mich versichern soll?“ Damit war ich geliefert. In wenigen Augenblicken schwirrten mir die Pfennige, die ich angeblich zu bezahlen hätte und die Tausende von Mark, die ich dafür bekommen würde, nur so um den Kopf. Nach langen Beratungen, wobei mir die Kiesenabschlüsse der Gesellschaft als zum Nutzen der Versicherten vorgerechnet wurden, waren wir handelskeimig geworden. Der „Vater“ sollte in die Lebensversicherung eintreten, die „Mutter“ in die „Volkerversicherung“. Ersterer sollte bei einer Versicherungssumme von 2000 Mk. vierteljährlich ungefähr 12 bis 14 Mk. bezahlen, um im Todesfalle oder bei zurückgelegtem 65. Lebensjahre diese Summe voll auszubezahlt zu erhalten, letztere sollte pro Woche 1 Mk. bezahlen, um nach zehn Jahren — also 1909 — mehr als 800 Mk. — mit den „Dividenden“ — dafür zurück zu erhalten. Ich wäre mir als wahres Schiefal vorgekommen, wenn ich dieses „Keine“ Opfer meiner Familie nicht gebracht hätte. Nachdem sein häubelich alles untergeschrieben, empfahlen sich die Herrschaften — und Kopf und Keiter sah man niemals wieder.

Wem von euch, liebe Leser, ist es nicht auch schon so gegangen?

Nach einiger Zeit erhielt ich — inzwischen unterzog ich mich einer ärztlichen Untersuchung — einen Schreibebrief der „Viktoria“ aus Berlin nebst Aufnahmeprotokolle und Police. Danach hatte ich zu bezahlen vierteljährlich nicht 12 bis 14 Mk., sondern 19,86 Mk. und etwa 6 Mk. Gebühren, Provisionen und dergleichen. Bei einem Zigarrenhändler in der Hospitalstraße waren die Prämien zu bezahlen; na die 14 Pf. ließ man sich nicht herausgeben, sondern nahm zwei à 7! Summa Summarum waren also jährlich 132 Mk. zu bezahlen, man hatte dafür aber ein Anrecht auf die Schlösser im Monde — soweit dies die Dividenden für die Volkerversicherung anging. Das wußte ich aber damals noch nicht, sondern erst später konnte ich die Probe aufs Exempel machen. —

Sitze ich da eines schönen Abends bei dem leider mehr durch Körperfülle als Intelligenz geprägten Kubiter L., als dieser in gar nicht gewählten Redensarten über die „Viktoria“ herfällt. Als „Dividendar“ bin ich natürlich riesig interessiert. „Der . . . (L. nannte hierbei einen Namen, dessen Träger ich die „Viktoria“ zur geneigten Beachtung empfehle) soll die Gesellschaft holen, 780 Mk. habe ich hineingebezahlt und 727 Mk. bekomme ich wieder!“ Nach eingehender Untersuchung des Falles stellte sich heraus, daß L. sich auf zehn Jahre in der Volkerversicherung der „Viktoria“ versichert hatte mit einer Prämie (für solane Dummheit!) von wöchentlich 1,50 Mk. Ohne Zinsen und Dividende hätte L. demnach 780 Mk. zurückbekommen müssen, statt dessen erhielt er nur 727 Mk., er hatte somit außer den Zinsen der Gesellschaft bar 53 Mk. geschenkt. Wie in meinem Falle hatte auch hier der Agent den Mund recht voll genommen und mit den größten Versprechungen die Versicherung erst möglich gemacht. Der Gesellschaft war nicht beizukommen, denn die diesbezüglichen Bestimmungen oder Dienstweisungen für die Agenten verhehlen in etwas versteckter Weise nicht, daß nicht die eingezahlten Beiträge, sondern nur die Gewinnanteile verzinst werden, daß gar nicht darauf zu rechnen ist, die voll eingezahlten Beiträge wieder zurück zu erhalten, daß die Wochenbeiträge nicht abgeholt, sondern von dem Versicherten rechtzeitig (innerhalb vier Wochen) bezahlt werden müssen. In den ersten Jahren der Versicherung mögen die Beiträge ja von Angestellten der „Viktoria“ pünktlich abgeholt werden, später hat die Gesellschaft ein Interesse daran, daß der Versicherte nicht pünktlich zahlt. Doch darüber später. Man möchte einen Preis darauf setzen, ob sich in Deutschland ein Mensch findet, der sich bei der „Volkerversicherung“ der „Viktoria“ versichern läßt, wenn der Agent wahrheitsgemäß die Angaben macht, wie sie in seiner Dienstweisung stehen. Die „Viktoria“ muß wissen, daß ein Agent damit nicht „arbeiten“ kann und erfahrungsgemäß auch nicht arbeitet, denn wer sich z. B. auf 10 Jahre versichert, tut es nicht für den Todesfall, sonst würde er nicht die Volkerversicherung, sondern die angeblüharteste Lebensversicherung der „Viktoria“ wählen; der Versicherte hofft eben und diese Hoffnung wird in ihm durch den Agenten erweckt, nach zehn Jahren sich ein kleines Kapital aufgespart zu haben,

da dem leichtgläubigen Versicherten mit der 25-prozentigen „Dividende“ und mit „Zins und Zinseszins“ nach allen Regeln der Kunst zugesetzt wird. Um sein gutes Geld zu verlieren und um eine für den Arbeiter unverhältnismäßig hohe Summe einer Millionengesellschaft und reichen Aktionären mit Bewußtsein und freiem Willen zu opfern, zu diesem Zwecke spart sich der Arbeiter solche Versicherungsbeiträge nicht vom Munde ab. Nun sucht aber selbst die für die Agenten bestimmte Anweisung absichtlich Irrtümer zu erregen. So enthält sie eine Wahrscheinlichkeitsberechnung, wonach bei einem Wochenbeitrag von 1,50 Mk. und einer zehnjährigen Versicherungsbauer unter der Annahme einer dauernden Dividende von 25 Proz. beim Ablaufe der Versicherungszeit 802 Mk. ausbezahlt würden (in Wirklichkeit 727 Mk.). Ausdrücklich wird auf Seite 6 gesagt: „... Der Vertreter (Agent) darf mit 25 Proz. Gewinnanteil rechnen...“ Somit also ist die Gesellschaft auch direkt die Urheberin für diejenigen falschen Vorspiegelungen der Agenten, denen ich und viele andere zum Opfer gefallen sind. In ihrem Geschäftsberichte für 1903 stützt die Gesellschaft diese Tatsache, indem sie für eine zehnjährige Versicherung in der „Volkerversicherung“ für jedes Jahr die Gewährung einer 25-prozentigen Dividende nachweist, so daß unser fideles Gastwirt L. danach 781 Mk. hätte bekommen müssen statt 727 Mk. Also die „Annahme“ und die „nachgewiesene“ 25-prozentige Dividende auf die Dauer von zehn Jahren bleibt in ihrem tatsächlichen Ergebnisse weit hinter der Wirklichkeit zurück. Nach der Dienstweisung 802 Mk., nach dem zehnjährigen Rechenresultate 781 Mk., in Wirklichkeit aber 727 Mark! Weiter ist festgestellt worden, daß, wer 10 Jahre lang wöchentlich 1 Mk. bezahlt (im ganzen 520 Mk.), nach Ablauf der Versicherungsdauer 440 Mk. erhält, somit der Gesellschaft 80 Mk. direkt schenkt. Je niedriger der Wochenbeitrag, desto größer der Verlust. Der Vermiste verliert am meisten. Nun liegt die Frage nahe: Warum machen die Agenten der Gesellschaft derartige Manipulationen, warum werden solche Elemente von Agenten, solche Schwadronneure auf das Publikum losgelassen, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Versicherungsverträge erschleichen?

Die Antwort darauf gibt ein Prozeß, der vor kurzem das Wiener Schwurgericht mit den Maximen der Versicherungs-Aktiengesellschaft „Viktoria zu Berlin“ beschäftigte. Im Interesse meiner Kollegen, von denen leider ebenfalls eine große Anzahl bei der „Viktoria“ versichert ist, soll auf die dort jutage geförderten Tatsachen näher eingegangen sein. Mit der Volkerversicherung beschäftigten sich elf deutsche Lebensversicherungsgesellschaften mit einer Versicherungssumme von 668757073 Mk. im Jahre 1902. Davon hatte die „Viktoria“ einen Gesamtversicherungsbestand von rund 400 Millionen Mark, der sich auf 2042333 Policen verteilt. In einem einzigen Jahre — 1902 — hatte die „Viktoria“ einen Reinzuwachs von rund 40 Millionen Mark. Diese Rezensummen, die den zur Lösung der sozialen

Frage verlangten 100 Millionen = Taler = Kredit Vassalles übertrumpfen, werden aus den kleinen Beuten — unteren Beamten, Kleingewerbetreibenden und Arbeitern — herausgeholt; ein Beweis, welche materielle Macht in den Massen liegt, wenn sie nur für befreiende Ziele des Volkes, statt zur Fütterung feister Aktionäre verwendet würde. Auf der einen Seite widerlichste Knauerigkeit, wenn der Gewerkschaftsbeitrag wöchentlich um 10 Pf. erhöht werden soll, aber 50 Pf. und mehr sind für den zungengewandten und skrupellosen Agenten zu haben, der ohne Rechts Garantien das Blaue vom Himmel herunter verspricht. Es ist einfach ein Skandal, daß erst ein schmutziger und charakterloser Agent der „Viktoria“ kommen mußte, um einen Blick hinter die Kulissen der „Viktoria“ zu ermöglichen, statt daß die ehrlichen Kenner solcher Verhältnisse schon lange das Volk vor solchen „Dividenden“ gewarnt hätten. Wie gesagt, ein schmutziger und charakterloser Agent der „Viktoria“ — der frühere Generalagent Salomon Agai in Wien — hat, um Schwicgegelber von der „Viktoria“ zu erpressen, die ungeheuerlichsten Beschuldigungen gegen die Gesellschaft erhoben und von achtundzwanzig Fällen in zwanzig auch erwiesen. In acht nebenfälligen Fällen wurde Agai schuldig gesprochen und zu einem Monat Haft verurteilt. Hätte sich Agai durch seine Erpresserabsichten nicht um jedes Ansehen vor Gericht gebracht, er wäre, weil er so viel bewiesen, zweifellos freigesprochen worden.

Was erwies nun dieser Prozeß? Die „Viktoria“ hat das lächerlich geringe Aktienkapital von 1 200 000 Mark. Auf die eingezahlte Aktie von 600 Mk entfiel im Jahre 1903 eine Jahresdividende von 270 Mk. (45 Proz.). Der Generaldirektor Gerstenberg in Berlin bezieht für eine tägliche dreistündige Arbeitszeit das aufreizende Jahreseinkommen von 386 000 Mk. — das ist nahezu das Doppelte des Gehaltes des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika —, das sich aus 120 000 Mk. Gehalt und 260 000 Mk. Lantième zusammensetzt. Die österreichischen Leiter der „Volksversicherung“, Krojanker und Staßl, haben „nur“ 35 000 bis 50 000 Mk. jährliches Einkommen. Die unteren Angestellten der „Viktoria“ — mehr als 6000 — hatten ein Einkommen von monatlich 100, 75, bis herunter zu 40 Mk. Diese Tatsachen allein kennzeichnen schon das Geschäftsgebahren der „Viktoria“ und verschließen ihr in Zukunft ein für alle mal die Türen zu Arbeiterwohnungen. Wer bezahlt nun diese riesigen Dividenden und Gehälter? Das Volk, die Versicherten! Und um aus diesen nun fortgesetzt Unsummen herausquetschen zu können, wird ein Heer von Agenten auf das Volk geradezu losgelassen. Zum nicht geringen Teile rekrutieren sich diese Agenten aus schiffbrüchigen Existenzen und existenzlosen Individuen, deren einziges Einkommen eben die Provision des Versicherungsabflusses bildet. Da wird dem drauflos ge—redet, daß es nur eine Art hat, um nur einen Versicherungsvertrag herauszuschinden, unbekümmert darum, ob nach kurzer oder längerer Zeit der Versicherte die Prämie auch bezahlen kann oder nicht. Die erbitternde Höhe der sogenannten Storni (d. h. Policen, die verfallen, weil die Beiträge nicht rechtzeitig gezahlt wurden), die im Prozesse festgestellt wurde, ist aus dem türkischen System der Gesellschaft zu erklären, die das Agentenheer mit der Hungerpeitsche antreibt, Geschäfte um jeden Preis zu entriren, die zur Versicherung nicht werben, sondern verführen und verlocken läßt. Die Härte, die Genauigkeit, womit dabei von der „Viktoria“ die Verfallserklärungen der Policen betrieben werden, stehen in so scharfem, schneidenden Gegensatz zu der Liberalität, womit sich Aufsichtsräte und das Generaldirektorat behandeln, daß keine sachmännischen Versicherungen, es sei überall so oder ähnlich, die Erbitterung verschneiden können, die schon der bloße Vergleich hervorruft. Zwei Sachverständige haben vor dem Wiener Gericht erklärt, daß auf diese Weise bei der „Viktoria“ nicht weniger als 1 700 000 Menschen

ihre Versicherungen fallen ließen und damit 7½ Millionen Mark verloren haben! Man geht nicht fehl, wenn man diese Summen zum größten Teile als von der Arbeiterschaft aufgebracht und ihr verloren gegangen bucht. Hoffentlich läßt sich in Zukunft kein Arbeiter mehr verlocken, sein sauer verdientes Geld den Aktionären der „Viktoria“ in den Rücken zu werfen. Bezüglich der von der „Viktoria“ ausgebeuteten Generalagenten erklärten die Geschworenen: „Agai hat den Wahrheitsbeweis dafür erbracht, daß die „Viktoria“ die Generalagenten mit „Fentersparagrafen“, Korrespondenzbriefen, „gewissenlos“, „grausam-tüchtig“, mit „Kassinent“, mit „Vorspiegelung falscher Tatsachen“, mit „Ausbeuterei“ behandelt und eine „Sekatombe“ Generalagenten finanziell und materiell zu Grunde gerichtet hat.“ Es sind Fälle vorgekommen, daß die Generalagenten während ihrer ganzen Tätigkeit nicht so viel Gehalt bekamen, als sie an Kautionsverlusten verloren hatten. Die Ursache der Kautionsverluste war die: Die Generalagenten, die sich nur so lange halten konnten, als Agenten für sie Geschäfte machten, wiesen den Agenten auf die in Zukunft zu erwerbenden Provisionsvorschüsse an, die von der Kasse der „Viktoria“ ausbezahlt, aber dem Generalagenten von der Kautionsabgabe abgeschrieben wurden. Wenn der Agent nun den Vorschuß nicht abverdienen wollte oder konnte, hatte der Generalagent den Verlust.

Und nun erst diese Agenten oder Subinspektoren der „Viktoria“! Dazu gibt sich nur her, wer schon gar nichts mehr zu nagen und zu beißen hat. In der „Leipziger Volkszeitung“ wird an das 25 jährige Direktorenjubiläum des Herrn Gerstenberg im Jahre 1898 erinnert, aus welchem Anlasse die Angestellten der „Viktoria“ durch „sanften Druck von oben“ zur Stiftung einer Büste im Werte von 10 000 Mk. veranlaßt werden sollten. Dieser Tatsache gegenüber schreibt ein Angestellter, daß man mit dieser Summe lieber einen Unterstützungsfonds für bedürftige Subinspektoren der „Viktoria“ schaffen sollte, denn die Notwendigkeit und Nützlichkeit dieser Einrichtung unterliegt keinem Zweifel für den, der weiß, unter was für traurigen Verhältnissen oftmals so ein „Subinspektor“ zu vegetieren gezwungen ist. Ich habe solche unglückliche Geschöpfe kennen gelernt, die wöchentlich nur einmal warmes Mittags- oder Abendessen genießen konnten; ich habe „Inspektoren“ gekannt, die aus Ungunst der Verhältnisse ihr Garantiefonto von 100 Mk. nicht verdienen konnten, deshalb gekündigt erhielten und nun auf Provision angewiesen waren, die bekanntlich erst nach 10 bzw. 20 Wochenbeiträgen fällig wird. Diese Leute sind direkt dem Hungertode ausgesetzt. Einem „Inspektor“ wies ich einmal eine sichere Kundschaft in einem Gasthause nach; der Mann konnte aber das Geschäft nicht machen — weil ihm die paar Pfennige fehlten, um ein Glas Bier in dem erwähnten Gasthause trinken zu können, was doch unumgänglich damit verbunden war. Ein anderer „Subinspektor“ konnte am Abend deshalb die vorgeschriebene Berichtskarte über seine Tätigkeit am Orte nicht aufgeben — weil ihm die 5 Pf. zur Frankatur fehlten usw. usw. Das sind Zustände, die gen Himmel schreien und nicht mehr lange außer dem Bereiche der Deffentlichkeit bleiben dürfen. Möge deshalb vorgebeugt werden, so schnell als möglich! — Die hochmütigen Herren in Berlin haben sich um diesen Schmerzensschrei nicht gekümmert, sondern gingen über „finanziell zugrunde gerichtete Generalagenten“, über halbverhungerte Subdirektoren und über hunderttausende von „Stornis“ zur Tagesordnung hoher Dividenden an die Aktionäre über.

Diesem Milde ist wahrlich nichts mehr hinzuzufügen. Leider ist es für Viele — wie auch für den Schreiber dieser Zeilen — zu spät, die Konsequenzen ziehen zu können. Soll nicht das bisher eingezahlte Kapital verloren gehen, muß weiter bezahlt werden, wenn auch zum Schlusse ein größerer Betrag dabei der „Liberalität“ der Gesellschaft zum Opfer fällt.

Korrespondenzen.

Bamberg. Am Vorabende des allgemeinen Guttenbergfestes in Forchheim, veranstaltet von den Mitgliedschaften Bamberg, Erlangen, Fürth und Nürnberg, wurde in Bamberg eine Allgemeine Buchdrucker-Verammlung abgehalten, zu welcher Gauvorsitzer Seiß aus München sein Erscheinen zugesagt und auch das Referat über „Die Tarifgemeinschaft und der Verband der Deutschen Buchdrucker“ übernommen hatte. Besucht wurde die Verammlung von 33 Kollegen, darunter 6 Nichtmitgliedern. Nach herzlichem Begrüßung seitens der Bamberger Kollegen schilderte Referent die Entstehung und die Institutionen der Tarifgemeinschaft, den Werdegang, die Kämpfe des Verbandes sowie den Nutzen desselben für alle Kollegen in kurzen, klaren Zügen und kam dann auf das Verhältnis des Verbandes zur Tarifgemeinschaft zu sprechen, darin gipfelnd, daß jeder Kollege, der es ehrlich mit sich und allen Kollegen meine, keiner andern Organisation als dem Verbands angehöre könne. Reicher Beifall lohnte den Redner und der beste Beweis für die überzeugenden Ausführungen desselben dürfte die sofortige Anmeldung von drei Nichtmitgliedern zum Verbands sein, während eine weitere Anmeldung in kürzester Zeit in Aussicht gestellt wurde. In der nun folgenden Diskussion wurden verschiedene Fragen, meist lokalen Charakters, aufgeworfen, die alle in zufriedenstellender Weise ihre Entscheidung fanden. Den unsrer Organisation noch fernstehenden Kollegen rufen wir aber zu: Hinein in den Verband, der allein unser Hort und Schutz ist; denn alles für und durch den Verband! Dem Gauvorsitzer Seiß sei an dieser Stelle für seine trefflichen Ausführungen nochmals herzlichster Dank ausgesprochen. — Derzeitiger Mitgliedsbestand 37 einschließlich der drei Angemeldeten, dem 17 Nichtmitglieder gegenüberstehen.

M. Böhmm. (Monatsversammlung.) In der am 9. Juli abgehaltenen Mitgliederversammlung, zu welcher 60 Kollegen und der Gauvorsitzer Graßmann erschienen waren, gab der Vorsitzende E. Albrecht zunächst bekannt, daß der „Bochumer Anzeiger“ (Laubenmühlen & Dierichs) seinem Personal Ferien gewährt und zwar bei dreijähriger Tätigkeit acht Tage, bei fünfjähriger Tätigkeit vierzehn Tage. Der Vorsitzende gab der Hoffnung Ausdruck, daß nun, nachdem zwei Firmen am Drie („Bergarbeiterzeitung“ und „Anzeiger“) Ferien eingeführt, bald andere Firmen folgen werden, um dadurch auch die große Arbeitslosigkeit während der kalten Zeit zu verringern. Weiter machte der Vorsitzende bekannt, daß der Gesangsverein „Einheits-Gutenberg“ sich an der Jubelfeier in Eberfeld beteiligen wird. Nach der Genehmigung des Kassendirektes bildete den Hauptpunkt der Tagesordnung der Ausschlußantrag gegen den Faktor des sozialdemokratischen „Volksblattes“, Friedrich Theodor Zimmermann (nachdem man sich schon in mehreren Druckereiverfassungen und Vorstandssitzungen mit Zimmermann beschäftigt hatte und seitens der Preßkommission des „Volksblattes“ das Verhalten dieses Herrn auch getadelt wurde). Das Gebahren dieses Faktors B. wurde in ausgedehnter Debatte von allen Seiten aufs schärfste verurteilt und dessen Ausschluß auf Grund des § 5 b (da durch seine Tätigkeit die Interessen der Verbandsmitglieder geschädigt werden) sowie wegen seines unkollegialen und brutalen Verhaltens gegen die Kollegen des „Volksblattes“, die eines Verbandsmitgliedes unwürdig seien, und wohl von keinem Faktor als Nichtmitglied in einem bürgerlichen Geschäft gewagt würden, in geheimer Abstimmung, die nachts ½ 2 Uhr erfolgte, mit 42 gegen 4 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Der Ausschluß dieses Herrn, der zahlreiche Gastspiele in den verschiedensten Städten gegeben und überall nicht lange haufte, wird wohl von vielen mit Freuden begrüßt werden. Nach Erledigung einiger Interna wurde die Verammlung um 2 Uhr nachts geschlossen.

Essen (Ruhr). Auch am hiesigen Orte hat sich, einem längst empfundenen Bedürfnisse entsprechend, eine Typographische Gesellschaft gebildet, welche die systematische Weiterbildung ihrer Mitglieder auf dem Boden der fortschreitenden Entwicklung des Buchdruckes erzieht. Zur Erreichung dieses Zieles sollen Skizzen-, Zeichen- und Tonplattenschneldrucke sowie Diskussionsabende eingeführt werden. Das große Interesse, welches die hiesigen Kollegen der Gründung entgegenbrachten, bürgt dafür, daß die Ziele, welche sich die Typographische Gesellschaft Essen-Müdr gefest hat, auch erreicht werden. Leubungsstunden: Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr. Der Vorstand besteht aus den Kollegen: W. Heinen, Vorsitzender; Dilly, Schriftführer; Koch, Kassierer; Schack, Bibliothekar. Bei dieser Gelegenheit bitten wir nun die älteren Vereinigungen, uns durch Ueberweisung von entbehrlichen Druckmitteln zu unterstützen. Brief- und sonstige Sendungen sind zu richten an den Vorsitzenden W. Heinen, Rüttensteind. Essen, Friedrichstraße 8.

Dienburg i. Gr. Die am 9. Juli abgehaltene und gut besuchte Ortsvereinsversammlung beschäftigte sich neben anderen internen Angelegenheiten auch mit der Gewährung von Ferien an die hiesigen Gesellen, wie sie schon zahlreichen Kollegen in vielen Druckstädten zuteil geworden sind. Obgleich man ein Entgegenkommen seitens der hiesigen Prinzipale als Ersatz für gestrichene Feiertage gern gesehen und erwartet hätte, auch eine Eingabe an die Prinzipale in der letzten Versammlung beschlossen worden war, sah man heute von weiteren Schritten ab, da für dieses Jahr die Zeit schon zu weit vorgeschritten sei, um sich von einem diesjährigen Vorgehen Erfolg versprechen zu können. Dem Vorstande

wurde anheimgegeben, die Sache im Auge zu behalten und zu geeigneter Zeit Schritte zu unternehmen, damit eventuell im nächsten Jahre auch aus Oldenburg die Gewährung von Ferien gemeldet werden kann. Zu der Nachbarstadt Bremen haben in 9 Druckereien 221 Gesellen in den letzten Jahren diese Vergünstigung erhalten, im Bezirke Oldenburg ebenfalls die Gesellen in West (1 Dr.) und Barel (2 Dr.). Offenstlich kommt die Besetzung bald nach. Vom Vorsitzenden wurde noch darauf hingewiesen, daß in Betracht kommende Kollegen doch für frische Einstellung der Arbeitsnachweisbestimmungen Sorge tragen möchten; es seien vom Bremer Nachweise aus dem Bezirke Oldenburg sechs bis sieben Kollegen namhaft gemacht, welche es nicht für nötig befunden haben, nach Eintritt einer selbstgejudeten Kondition sich beim genannten Nachweise abzumelden. Nur exakte Durchführung der Bestimmungen bedinge einen weitem vorteilhaften Ausbau und Erhaltung dieser Institution. — Das am 3. Juli in Wetjens Etablissement abgehaltene Johannisfest nahm unter zahlreicher Beteiligung der Kollegen einen schönen Verlauf.

Haftat, die ehemalige Reichsfeier im Lande der Badenser, hatte noch vor etwa zehn Jahren zwei Mitglieder — heute weisen wir einen Mitgliederstand von 18 Personen und tarifmäßige Zustände auf. Wir haben freilich keine Garantie, daß es in der Folge prinzipalsteitig so bleibt; es hängt dies jedenfalls von den Verhältnissen ab, da wir es gegenwärtig auch mit neuen Gesellschaftern zu tun haben, deren Prosperität noch nicht erwiesen ist. In den Kollegen steckt ein guter Geist und jedenfalls der Wille, das Errungene zu erhalten. Auf das Drängen einiger Mitglieder haben wir uns veranlaßt gesehen, einen Ortsverein zu gründen und in der auf den 9. Juli einberufenen Versammlung wurde solcher perfekt (siehe unter Verbandsnachrichten in Nr. 81), was unser ebenfalls anwesender Bezirksvorsitzer Kirsten-Karlsruhe mit Freuden begrüßte. Hoffen wir, daß in unserm Ortsvereine die Kollegialität immer mehr gefördert und die Interessen des Verbandes und damit unsere eignen noch besser wahrgenommen werden können. Eine Bibliothek schwebt auch uns als Ideal vor, aber da zur planmäßigen Anlegung einer solchen der nervus rerum mangelt, wird die Verwirklichung dieses Planes noch in weiter Ferne liegen. Etwas Zuwendungen von Duplikaten ehren und erfreuen uns und bitten wir höchst um Uebermittlung an F. R. d., Werderstr. 21.

Ulm. Die W. a. s. i. n. e. j. e. r. e. r. e. i. n. g. u. n. g. für den Gau Württemberg hielt am 10. Juli in Ulm ihre zweite Quartalsversammlung im „Gasthause zum Rappel“ ab. Erschienen waren etwa 20 Kollegen aus Stuttgart, Ulm, Göttingen, Neutlingen, Tübingen und Ulm. Nach herzlichster Begrüßung seitens der Ulmer Kollegen eröffnete der Vorsitzende Baumhauer die Versammlung. Nach Verlesung verschiedener Eingänge, worunter der sehr umfangreiche Tätigkeitsbericht der Zentralkommission, erörterte die Versammlung den Einzug der Mitgliedsbeiträge durch die Druckereifaktoren und beschloß demgemäß. Sodann verlas Kollege Schmidt den Kassenbericht, welcher trotz einiger Unstimmigkeiten ein befriedigendes Resultat zeitigte. Hierauf folgte eine kurze Aussprache über die englische Arbeitszeit an den Maschinen. Unter „Technisches“ wies der Vorsitzende auf eine Erfindung des Ingenieurs Jones betreffs Verbesserung der Ausschleifteile hin. Als nächster Versammlungsort wurde Tübingen gewählt. Kollege Baumhauer schloß nun die sehr anregend verlaufene Versammlung mit dem Wunsche, in Tübingen die Kollegen zahlreich verammelt zu sehen. Hieran schloß sich ein gemeinsames Mittagessen im selben Lokale. Die Zeit bis zum Abgange derzüge benutzten die Teilnehmer zur Besichtigung von Ulm und Umgebung, wobei dieselben mit den Ulmer Kollegen noch vergnügte Stunden verlebten. Denjenigen sei hiermit an dieser Stelle für ihre gastfreundliche Aufnahme noch herzlich gedankt.

Rundschau.

Ferien! In Chemnitz haben die Druckereien Oskar Richter und Gebücker Heyde ihren Personalen einen dreitägigen Sommerurlaub gewährt. — Die die Firma Breer & Tiemann in Hamm i. Westf. betreffende Notiz in Nr. 81 ist nach anderweiter Mitteilung dahin richtig zu stellen, daß nach einer Beschäftigungszeit von zwei Jahren zwei Tage und nach drei Jahren drei Tage frei gegeben werden. — Dem Personale der Druckerei W. & S. Loewenthal in Berlin wurde bei einer Beschäftigungsbauer von drei bis fünf Jahren drei Tage und bei länger als fünfjähriger eine Woche Ferien gewährt.

Sie kennen ihre Pappenheimer. Dem siegreichen Verteidiger Straußmann gegen Wallenstein (1628) ist in Straußmann ein Denkmal gesetzt worden. Am 24. Juli, dem Jahrestage des Abzuges Wallensteins, findet die Einweihung statt. Zu dieser Feier sind von der Stadtgemeinde außer den Kriegervereinen, den Zünften, den Hirsch-Dunderfischen Gewerkevereinen auch die — Outenberg-Bündler geladen. Wenn der händlerische Brauch, festliche Veranlassungen zum oblitigen Kaiserhoch zu eröffnen, nun doch eine Anerkennung gefunden, so ist andererseits dem Vindeten des tapfern Republikaners mit dieser Festschmückung gewißlich keine Ehre erwiesen. Wir glauben, der gute Bürgermeister und alte Handegen Steinwisch würde am liebsten von seinem Sockel heruntersteigen und den wackelstapigen Outenberg-Bündern ein vor den Gipsverband geben, daß denselben die Angfröhre von dem Helmschilde torfelt.

Militärische Erntearbeiter erhalten die von der „Leutenot“ geplagten Landwirte in diesem Jahre in größerer Zahl wie sonst. Der Erntearbeiter dauert in der Regel vierzehn Tage bis drei Wochen. Der in der letzten Nummer gekennzeichnete Jngolstädter Kollege scheint demnach mit seinem Urlaube eine Schiebung machen zu wollen. Die Beschäftigung am Rasen, an der Maschine oder in einem Druckereifontor mag allerdings etwas angenehmer sein als das Schwitzen in agrarischen Gefilden unter der strengen Fuchtel eines vorchristlich rücksichtslosen Aufsehers.

Ein Gespult ist dem Kollegen Max Selmayr in Stuttgart für Deutschland, Lestereich und die Schweiz gesetzlich geschützt. Zum Sage von Akzidenzien, komplizierten Inzeraten, tabellarischen Arbeiten, zur Verbenzung von Fahrplänen, Kellbüchern sowie zu Korrekturen dürfte sich dieses, das wogerechte Auflegen des Schiffs auf dem Rasen ermöglichende kleine Nutt jedenfalls recht gut eignen, zumal in solchen Druckereien, in denen kein Ueberfluß an Platz vorhanden. Die Vorrichtung kann übrigens allen Schrägen in kürzester Zeit angepaßt werden und gestattet dem Seher eine aufrechte Stellung. In den Druckereien Württembergs soll sich das Gespult schon ganz gut eingeführt haben.

In Leipzig soll nun doch ab 1. Oktober eine neue Tageszeitung erscheinen und zwar wird wiederum die Firma Scherl als Herausgeberin genannt. Der monatliche Abonnementpreis wird mit 75 Pf. angegeben.

Von dem Etat einer großen modernen Tageszeitung bekommt man einen Begriff, wenn man von dem Vorschläge über die Ausgaben und Einnahmen der für den Herbst 6. J. in Berlin geplanten Frauen-tageszeitung Kenntnis bekommt, der folgende Zahlen aufweist: A. Redaktion, Verlag und Expedition: Redaktionsgehälter 45 600 Mk., kaufmännischer Direktor 12 000 Mk., Expeditionschef 5 000 Mk., vier Expeditionsbeamte 8 400 Mk., zwei Stenotypistinnen 2 400 Mk., Diener 1 200 Mk., drei Boys (Lautsprecher) 1 800 Mk., zusammen 76 400 Mk. B. Inhalt: Telegraphenbureau 3 600 Mk., Korrespondenzen 3 600 Mk., Romane und Feuilletons 20 000 Mk., Mitarbeiter und Depeschen 30 000 Mk., Zeitungen 1 500 Mk., zusammen 58 700 Mk. C. Herstellung: 306 Nummern zu acht Seiten (Papier das kilo 30 Pf. mit 2 Proz. Zuschlag) 133 110 Mk. D. Beilage: 52 Nummern illustriert 37 785 Mk. E. Generalkosten: Miete 4 000 Mk., Licht und Heizung 2 000 Mk., Bureauausfitten 1 000 Mk., Druckdragen 1 000 Mk., Porto 2 400 Mk., zwei Telephon 400 Mk., zusammen 10 800 Mk. Einnahmen: 20 000 Abonnements abzüglich der Expeditionsgebühr 180 000 Mk., zwei Inzeratenseiten zu 116 Zeilen abzüglich des Rabattes und der Provision 170 748 Mk., zusammen 351 748 Mk., Ausgabe: 316 795 Mk. Ueberfluß 33 953 Mk. Kosten der Einführung: Das Personal tritt am 1. Oktober 1904 in Tätigkeit und erscheint die erste Nummer am 15. November in 200 000 Exemplaren. Im ganzen werden bis Ende Dezember 2 200 000 Propagandanummern ausgegeben und die Unkosten dafür (für Plakate, Verteilung, Gehalt usw.) bis zum Beginne des Rechnungsjahres 1. Januar 1904 auf 126 513 Mk. berechnet, davon gedeckt durch Inzerate 20 088 Mk., so daß in Rechnung zu stellen sind an Unkosten 106 425 Mk. — Die zweite in Berlin schwebende Zeitungsgründung — das zur „definitiven Vernichtung“ der Sozialdemokratie berufene große Tageblatt — hat es bis zu solchem finanziellen Epizöje gebracht, wird wohl flugerweise überhaupt nicht aus dem Vorstadium hinaus-treten.

Konkurrenzöffnung: Steglitzer Werkstatt (W. m. b. H.), kunstgewerbliche Anstalt, Drucker und Verlag, Hochschule für angewandte Kunst. Die „Steglitzer“ haben bekanntlich bereits seit Anfang dieses Jahres ihren Druckereibetrieb eingestellt.

Der Zahn der Zeit. In der Blankenburger „Deutschen Buchdrucker-Zeitung“ stießen wir auf folgendes Inzerat: „Zwangsversteigerung. Freitag den 22. Juli, vormittags 11 Uhr, versteigere ich in Groß-Lichterfelde, Mantelstraße (in der Nähe der Chausseestraße), Buch- und Kunst-druckerei (3 Dieldruckpressen, Frankfurter, Fischer & Krede, Weiler), 1 Diefen-Handpresse, 1 Perforator und 1 Heftmaschine, auch 69 Jahrgänge (1834 bis 1902) des Journal für Buchdruckerkunst“. Schorff, Rechtsvollzieher in Berlin, S. 53, Bäckerstraße 40, I.“ Der Druckereibetrieb, welcher laut dieser Anzeige unter den Nummer kommen soll, ist der des „Journal für Buchdruckerkunst“, ältestes deutsches Buchdruckerfachblatt.

Gebetbücherschmuggel. Der gegenwärtig in Königsberg stattfindende sogenannte Geheimbündnisprozeß förderte auch die interessante Tatsache ans Licht, daß jährlich ungefähr 20 000 Gebetbücher in lettischer Sprache über die russische Grenze geschafft wurden, weil im Lande des Absolutismus dergleichen fromme Sachen nur in russischer Schrift hergestellt werden dürfen. Da aber schon die Bilderranfertiigung in litauischer Sprache in Rußland gestattet ist, werden die betreffenden deutschen Firmen bald recht wehmütig an die schönen Zeiten von Aranjuez zurück-denken.

Professor Dr. Eduard Muret, Sprachforscher, und als solcher seit 1869 hauptberuflich und der Herausgabe des im Langenscheidtschen Verlage erscheinenden deutsch-englischen und englisch-deutschen Wörterbudes beschäftigt, ist nach längerem Leiden im 71. Lebensjahre in Groß-Lichterfelde gestorben.

Er hat genug. Scheinrat Pilger hat den Straf-antrag gegen den Redakteur Leimpeters von der „Bergarbeiter-Zeitung“ zurückgezogen, der demnächst in Bodum

zur Verhandlung kommen sollte. Dieser Vorgang ist sehr bezeichnend, weil nämlich die Angriffe von Leimpeters auf den Saarherrlicher bedeutend schärfer waren als jenes Flugblatt von Krämer, welcher in dem denkwürdigen Saarprozeß dafür drei Monate Gefängnis erhielt.

Und es waltet und siedet und brauset und zischt! Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission ist ein aus dem Häuschen, weil wir nach seiner Meinung nicht der „einfachen Anstandsspflicht“ genügt haben, den vom „Corr.“ angeblich allgemein gegen die Gewerkschaftspresse erprobene Vorwurf (Nr. 71: „Eine bedauerliche Tatsache ist es, daß auch diverse Gewerkschaftsblätter in nichtartiftreuen Druckereien hergestellt werden. Es handelt sich dabei um solche Blätter fast aller Gruppierungen“) mit Bedauern zurückzunehmen. Vielmehr hätten wir uns mit „Verdächtigungen und Verhöhnung des unbequemen Kritikers“ aus der Affäre gezogen. Nach unserer Erklärung in Nr. 77, die in aller Form und in zweifellosen Worten die Pressorgane der freien Gewerkschaften wie die der sozialdemokratischen Partei von irgend welchem Verdachte nach dieser Richtung befreit, einen solchen Vorwurf gegen uns zu erheben, ist nicht mehr „geständnisvoll leichfertigkeit“, sondern zeugt von der Sucht nach Krakeel, um welches „journalistische Armutzeugnis“ wir die „Correspondenzblatt“-Redaktion auch nicht beneiden wollen. Hätten wir solche Absichten bei unserer Aufforderung in Nr. 71 gehabt, würden wir niemand das Recht bestreiten, sich dagegen nach Kräften zu wehren, so aber wehren wir uns gegen Unterfchiebungen, denen nach unsrer für tolerant denkende Menschen wohl genügenden Erklärung jede Grundlage fehlt. Der „Vorwärts“ hat denn auch in seiner Bezugnahme auf diese unsre Erklärung eine das „Correspondenzblatt“ nicht gerade vorteilhaft ausstehende Loyalität bekundet. Außerdem ist wohl die Feststellung nicht uninteressant, daß sich die Zentralorgane der christlichen wie der Hirsch-Dunderfischen Gruppe dem Herrruse des „Correspondenzblattes“ gegen uns nicht angegeschlossen haben, obwohl unsrer Vorwurf als auch unsrer Aufforderung in Nr. 71 gegen diese Richtungen mit abzielten. Wenn wir das nicht ausdrücklich jagten, so lag das daran, daß bei dem Vorhandensein von sechs Gewerkschaftsgruppen in Deutschland — laut Klassifizierung der Generalkommission — für unsre Aufforderung mit Ausnahme der der freien alle fünf anderen Richtungen in Betracht kommen können. Nach den uns verschiedentlich gemachten Mitteilungen konnten wir von einer Tatsache reden, daß diverse Blätter fast aller Gewerkschaftsgruppen in Nichtartiftdruckereien hergestellt werden. Ob diese Tatsachen nun weiter bestehen, sollten eben unsere Kollegen drauhen im Lande prüfen an der Hand des neuen Tarifverzeichnisses; wir waren und wir sind nicht imstande, diese selbst zu bejagen, da uns außer den Organen der freien Gewerkschaften von den übrigen nur die Zentralorgane zugehen. Selbstverständlich werden wir aber auch den anderen Gruppen anstandslos bezeugen, daß gegen ihre Blätter kein Einwand mehr erhoben werden kann, wenn die uns mitgeteilten Tatsachen nicht mehr bestehen; hatten wir doch selbst aus der „Metallarbeiter-Zeitung“ eine diesbezügliche Anregung entnommen. Das „Correspondenzblatt“ allerdings breitet sofort schützend seine Hände über diese sonst immer recht inanis behandelten anderen Gruppen, obwohl ihm eingeständenermaßen doch nur von der Mehrzahl ihrer Blätter bekannt ist, daß sie in Larvdruckereien angefertigt werden. Daß dieser Kasus uns lachen machte, ist gewiß nur verständlich. Wir unsererseits verzichten also auch gern darauf, mit jemand zu disputieren, der den Inhalt seiner Worte nicht nach den Grundsätzen der Billigkeit abmisst, sondern sich darin gefällt, nach berühmtem Vorbilde den großen Majestät des Gewissensfensors zu markieren gegen ein Gewerkschaftsblatt, das sich infolge seiner freiwilligen Stellungnahme zu allen Fragen mehr Feinde wie Freunde erworben hat, welcher Errungenschaft man ja allerdings durch tapferes Ausweichen bei allen brenzlichen Sachen vorbeugen kann, was jedoch nicht nach unsrer Gewohnheit ist.

Das beste Landtagswahlrecht besitzt nunmehr das Großherzogtum Baden; auch die erste Kammer hat durch das Hinzukommen aus Kreisen des Danbels und Handwerks, der Landwirtschaft und der Städte eine sehr bemerkenswerte Modernisierung erfahren. Und da soll Baden immer noch nicht das Präbitat „Musterlande“ beanpruchieren können?

Die Anwendung des § 153 der Gewerbeordnung gegen Unternehmer soll in Konstanz zur Tatsache werden. Verschiedene Baumeister, welche die Forderungen der Maurer anerkannt haben, und deswegen von den anderen Unternehmern mit dem Boykott bedacht wurden, haben sich nun auf den Staatsanwalt besonnen und diesem ihr Leid gesagt. Der Konstanzger Vertreter der Anklagebehörde hat denn auch wirklich — welches Ereignis! — das Verfahren gegen die terroristischen Baunternehmer eingeleitet.

Ein guter Rat. Die Tischlermeister Wiens befinden sich in Streiknöten. Die Gesellen kämpfen um den Neuntugentag und haben zu diesem Zwecke eine Anzahl partischer Streiks begonnen, wodurch natürlich die Meister in ziemliche Aufregung geraten sind. In ihrer Not wenden sie sich an die altzeit in solchen Sachen hifsbereite Polizei. Aber die mal war auch bei der Wohlwollenden guter Rat teuer, sie mußte aber schließlich doch einen Ausweg. Der Polizeipräsident sagte nämlich zu der bei ihm vordersprechenden Meisterdeputation: „Zu bévaurer geht sehr, Ihren Wunsch nicht erfüllen zu können. So viel Polizei, als ich entbehren konnte, habe ich Ihnen zur Verfügung

zur Verfügung gestellt. Dieser Vorgang ist sehr bezeichnend, weil nämlich die Angriffe von Leimpeters auf den Saarherrlicher bedeutend schärfer waren als jenes Flugblatt von Krämer, welcher in dem denkwürdigen Saarprozeß dafür drei Monate Gefängnis erhielt.

